

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 28. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Juni 2011,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Marion Herdan (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

i. V. v. Daniel Günther

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Cornelia Conrad (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ellen Streitbürger (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Wissenschaftsministeriums zum ausstehenden Kabinettsbeschluss zur Zukunft der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Flensburg sowie weiteren Zusammenarbeit mit der Region zur Sicherung der Studiengänge	6
Berichts Antrag der Fraktion des SSW	
2. Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum 1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1340	
3. Gesetz über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEOMAR)	10
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1493	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anhörung zum Forschungsstandort Schleswig-Holstein Umdruck 17/2515	
4. a) Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe	11
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1241	
b) Im Bündnis für Ausbildung neue Schwerpunkte setzen	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/1516	
Allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz!	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/1548	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck 17/2513	

-
- 5. Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen** 12
- Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1374 (neu)
- Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 17/2506
- 6. Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein** 14
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion
Drucksache 17/1043
- 7. a) Stand der Entwicklung des Kulturentwicklungsplans** 15
- Berichts Antrag des SSW
Umdruck 17/2135
- b) Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein umsetzen**
- Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/670
- c) Information der Landesregierung zum Stand der Kandidatur Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas 2017**
- 8. Vermittlung von Fremdsprachen in Schleswig-Holstein** 18
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1423
- 9. Planstellenzuweisungsverfahren 2011** 19
- Berichts Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 17/2477

10. Entscheidung des Bildungsministeriums zur Anhebung der Noten im Fach Mathematik beim Abitur an den berufsbildenden Gymnasien 20

Berichts Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 17/2478

11. Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft 22

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 17/861

12. Verschiedenes 23

Die Vorsitzende, Abg. Herold, eröffnet die Sitzung um 15:25 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums zum ausstehenden Kabinettsbeschluss zur Zukunft der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Flensburg sowie weiteren Zusammenarbeit mit der Region zur Sicherung der Studiengänge

Berichts Antrag der Fraktion des SSW
Umdruck 17/2500

M de Jager trägt vor, im Mai 2010 habe die Haushaltsstrukturkommission empfohlen, die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an der Universität Flensburg auslaufen zu lassen und die nicht-gymnasiale Lehramtsausbildung künftig zur Kernaufgabe der Hochschule zu machen. Damit sollten bis zum Jahr 2020 insgesamt 1,7 Millionen € eingespart werden. Die Landesregierung habe diese Empfehlung zur Kenntnis genommen und beschlossen, vor einer endgültigen Entscheidung das Gutachten der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen abzuwarten und ein Konzept für die deutsch-dänische Zusammenarbeit zu entwickeln.

Im Herbst 2010 hätten die Flensburger Hochschulen, die IHK Flensburg und die Syddansk Universitet dem Ministerium ein regionales Konzept zur Weiterentwicklung des Hochschulstandorts Flensburg vorgelegt, das auf die Konsolidierung, Reorganisation und Profilierung der grenzüberschreitenden Hochschulzusammenarbeit am Standort Flensburg abziele.

Die WKN habe wie vereinbart zum 15. Dezember 2010 eine Kurzversion ihrer Empfehlungen und am 31. Januar 2011 einen umfassenden Bericht vorgelegt, in dem sie zu folgenden wesentlichen Empfehlungen komme: Die Wirtschaftswissenschaften sollten aufrechterhalten werden. Klares Bekenntnis der Universität zur Lehrerbildung. Keine Fusion mit der Fachhochschule Flensburg oder der Universität Kiel. Das regionale Konzept sollte konkretisiert werden.

Die Universität Flensburg habe die Empfehlungen der WKN aufgegriffen und ein Zukunftskonzept für die Hochschule entwickelt. Strukturelle Ziele des Konzepts seien die Fokussierung auf die Lehrerbildung, der Erhalt der Wirtschaftswissenschaften, die Verzahnung der Bildungs- und Wirtschaftswissenschaften unter anderem durch einen disziplinüberschreitenden Forschungsschwerpunkt und die selbstbewusste Außendarstellung der universitären Stär-

ken. Inhaltliche Ziele seien die Entwicklung eines transdisziplinären Schwerpunkts/identifikatorischen Leitbilds, die Akzentsetzung auf disziplingrenzenüberschreitende Projekte, die Verzahnung von Theorie und Praxis und die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Kooperationen.

Darüber hinaus habe man im Gespräch mit der Wirtschaft erfahren, in welchem Maße es gelingen könne, durch Beiträge von Wirtschaft und Stiftungen die Einsparziele des Landes, die mit der Aufgabe der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge verbunden gewesen seien, zu realisieren. Mit der Universität wolle man im Rahmen von Zielvereinbarungen bestimmte Meilensteine für eine Weiterentwicklung der Universität verabreden.

Die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen habe festgestellt, dass es Probleme der wissenschaftlichen Profilbildung auch im Bereich der Lehrerbildung gebe und, wenn es innerhalb von drei Jahren nicht gelinge, die identifikatorischen Profilpunkte zu bilden, die Landesregierung Anlass hätte, darüber nachzudenken, ob die Universität in ihrer gegenwärtigen Struktur aufrechterhalten werden solle. Auf der Basis der Beiträge der regionalen Wirtschaft und der Bereitschaft der Universität, selbst zu Einsparungen zu kommen, könnten die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge unter bestimmten Bedingungen möglicherweise fortgesetzt werden. Der Abstimmungsprozess innerhalb der Landesregierung sei noch nicht abgeschlossen. Zu berücksichtigen sei in diesem Zusammenhang die Aufforderung des Stabilitätsrats, ihm noch in diesem Jahr Vorschläge zur Einhaltung des Konsolidierungspfades des Landes zu machen.

Abg. Andresen fragt, wann mit einer Entscheidung der Landesregierung zu den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen und zum deutsch-dänischen Hochschulkonzept zu rechnen sei.

M de Jager begründet die Verschiebung der Entscheidung der Landesregierung über die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge, zu der es keine Meinungsverschiedenheit im Kabinett gebe, damit, dass man die Thematik im Kontext mit der deutsch-dänischen Kooperation und der Entwicklung der Kosten des Hochschulwesens insgesamt beraten müsse. Er gehe davon aus, dass man das Thema in einem überschaubaren Zeitraum zu Ende beraten könne.

Abg. Andresen stellt fest, dass die Frage der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge keine Finanzrelevanz mehr habe, weil die Einsparsumme von 1,7 Millionen € durch die Region aufgebracht werde.

Abg. Spoorendonk und die Vorsitzende appellieren an den Wissenschaftsminister, sowohl für den Hochschulstandort Flensburg als auch für die deutsch-dänische Hochschulzusammenarbeit jetzt ein positives Signal zu senden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum
1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1340

(überwiesen am 25. März 2011 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 17/1340 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Gesetz über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel (GEO-MAR)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/1493

(überwiesen am 25. Mai 2011; Verfahrensfragen)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anhörung zum Forschungsstandort Schleswig-Holstein
Umdruck 17/2515

Der Ausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen von:

- Direktor und Personalrat von IFM-GEOMAR
- Präsident der CAU
- ver.di
- Beamtenbund
- weitere von den Fraktionen vorgeschlagene Institutionen.

Abg. Andresen bringt den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 17/2515 ein. Nachdem die anderen Fraktionen Bereitschaft signalisieren, sich mit dem Thema außeruniversitäre Forschungslandschaft in Schleswig-Holstein auch in Form einer Anhörung grundsätzlich zu befassen, eine Verknüpfung mit dem Helmholtz-Gesetzentwurf allerdings ablehnen, zieht er seinen Antrag zurück und kündigt an, ihn in modifizierter Form in der nächsten Sitzung wieder einzubringen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE
LINKE
Drucksache 17/1241

(überwiesen am 25. Mai 2011 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Bil-
dungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt die Antwort auf die Große Anfrage der LINKEN Drucksache 17/1241
abschließend zur Kenntnis.

b) Im Bündnis für Ausbildung neue Schwerpunkte setzen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1516

Allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz!

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1548

(überwiesen am 25. Mai 2011 an den Wirtschaftsausschuss und den Bil-
dungsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Umdruck 17/2513

Dem federführenden Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Bildungsausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und der LINKEN gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den SPD-Antrag Drucksache 17/1516 abzulehnen. Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er, den Änderungsantrag der LINKEN Drucksache 17/1548 ebenfalls abzulehnen. Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, der LINKEN und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er, den Änderungsantrag von CDU und FDP Umdruck 17/2513 anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/1374 (neu)

(überwiesen am 25. März 2011 an den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Umdruck 17/2506

Abg. Spoorendonk wundert sich über die Aussage des Wissenschaftsministeriums, dass die erbetene Studie „Identifizierung von Problemfeldern bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen und Vergleich der Systeme der beruflichen Erstausbildung in Deutschland und Dänemark vor dem Hintergrund der Verbesserung der Mobilität von Fachkräften und Auszubildenden auf dem Arbeitsmarkt“ noch nicht verfügbar sei, da sie die Studie erhalten habe.

Herr Leopold weist darauf hin, das BMdF habe der Landesregierung das Gutachten noch nicht offiziell überstellt.

Abg. Thoroë wirbt für die Annahme des Antrags der LINKEN, von dem wesentliche Punkte im Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht berücksichtigt würden, und beantragt eine Anhörung.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert St Dr. Andreßen, die Landesregierung unterstütze die Intention des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Verbesserung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Die Amtschefkonferenz der KMK überlege, eine zentrale Anerkennungsstelle mit der Umsetzung auf Länderebene zu betrauen.

Herr Leopold macht darauf aufmerksam, dass die Umsetzung des Ziels, die Verfahren möglichst einheitlich und unbürokratisch zu gestalten, in 16 Bundesländern schwierig sei und viele Abstimmungsprozesse erforderlich mache.

Der Antrag von Abg. Thoroë, zum Antrag Drucksache 17/1374 (neu) eine Anhörung durchzuführen, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN bei Enthaltung des SSW abgelehnt. Auf Anregung von

Abg. Franzen stellt der Bildungsausschuss die Beschlussfassung über den Antrag zurück und bittet die Landesregierung, dem Ausschuss wieder zu berichten, wenn es neue Erkenntnisse gibt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion
Drucksache 17/1043

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Habersaat weist darauf hin, dass alleinerziehende Studentinnen nach wie vor Schwierigkeiten hätten, Kinderbetreuung und Studium miteinander zu vereinbaren (Teilnahme an Exkursionen, Verlosung von Seminarplätzen).

Der Ausschuss nimmt die Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion Drucksache 17/1043 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Stand der Entwicklung des Kulturentwicklungsplans

Berichts Antrag des SSW
Umdruck 17/2135

St Zirkmann führt aus, am 4. Mai 2011 habe Minister Dr. Klug auf der Kulturkonferenz auf Schloss Gottorf seine kulturpolitischen Thesen vorgestellt (Umdruck 17/2519). Auf der Grundlage des Thesenpapiers werde man mit den kommunalen Landesverbänden und den kulturellen Akteuren mehrere Gespräche führen und die Gesprächsergebnisse im November vorstellen. Weil in das von der ehemaligen Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten die Haushaltskonsolidierung noch nicht eingepreist gewesen sei, habe Minister Dr. Klug entschieden, dass der erste Entwurf, aus dem ein Kulturentwicklungsplan habe entstehen sollen, nicht mehr Basis seiner Kulturpolitik sein könne. Prof. Dr. Haselbach, der mit einer Öffentlichmachung seines Gutachtens aus urheberrechtlichen Gründen nicht einverstanden sei, habe man auch mit dem Thesenpapier befasst und ihn als Moderator der Kulturkonferenz in Gottorf eingesetzt.

Abg. Erdmann hält die Erarbeitung eines Kulturentwicklungskonzepts gerade angesichts der Entwicklung der finanziellen Situation des Landes für notwendig. Gemäß Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung beantragt sie Akteneinsicht in die Vorbereitungen für ein Kulturkonzept der Landesregierung und in weitere Unterlagen zur Kulturentwicklungsplanung.

Abg. Spoorendonk fragt die Landesregierung, inwieweit sie den Kulturhaushalt ab 2013 von Kürzungen ausnehmen werde, wie sie sich die Rahmenbedingungen für die Kulturpolitik vorstelle und wie sie sich aktiv in den Prozess einbringen werde.

Abg. Müller möchte wissen, welche Arbeiten seit der Erstellung des Gutachtens geleistet worden seien und wofür wie viel Geld ausgegeben worden sei.

M Dr. Klug macht darauf aufmerksam, dass die Herausgabe eines Kulturentwicklungsplans mit einer Vielzahl finanzträchtiger Maßnahmen nicht zu den Vorgaben zur Haushaltsaufstellung im Jahr 2010 gepasst hätte. Daher habe er entschieden, die von der Vorgängerregierung in Auftrag gegebene Vorarbeit zu Beginn der Wahlperiode nicht zu verwenden. Er werbe für sein politisches Ziel, die Kulturförderung des Landes im jetzigen Umfang für die Zukunft zu erhalten, und erhoffe sich von der Kulturkonferenz auf Schloss Gottorf und der öffentlichen

Debatte Unterstützung. Nachdem man im Laufe des Jahres 2010 die globalen Kürzungen im Budget für Zuwendungen und Zuschüsse im Doppelhaushalt 2011/12 um jeweils 15 % in mehreren Stufen habe abmildern können, mache es Sinn, den kulturpolitischen Dialog mit den Kommunen und den vielfältigen Akteuren über die zukünftige Schwerpunktsetzung im Kulturbereich erst nach der Beschlussfassung über den Doppelhaushalt im Jahr 2011 einzuleiten. Im Übrigen sei das genannte Gutachten von Prof. Dr. Haselbach kein Kulturentwicklungsplan.

Abg. Erdmann weist darauf hin, dass der Kulturminister im Juni 2010, als die Diskussion über die Haushaltskonsolidierung in aller Munde gewesen sei, auf die Kleine Anfrage ihres Kollegen Dr. Habeck Drucksache 17/676 geantwortet habe, es solle ein Kulturentwicklungsplan erstellt werden. Außerdem fragt sie nach dem ausschlaggebenden Grund dafür, den Entwurf eines Kulturentwicklungsplans 2010 nicht herauszugeben.

Abg. Spoorendonk hält die Erarbeitung eines Kulturentwicklungsplans gerade in finanziell schwierigen Zeiten für notwendig und wünscht sich ein stärkeres kulturpolitisches Engagement und konkretere Aussagen von der Landesregierung.

Auch Abg. Höppner betont die Bedeutung eines Kulturentwicklungsplans, den das Land im Zusammenwirken mit den kommunalen Trägern aufstellen müsse.

Abg. Funke macht darauf aufmerksam, dass die Koalition im Kulturhaushalt durchaus Schwerpunkte gesetzt und bestimmte Bereiche, zum Beispiel die Theater, von den allgemeinen Kürzungen ausgenommen habe. Jetzt gehe es darum, sich mit den kulturpolitischen Akteuren an einen Tisch zu setzen und in finanziell schwierigen Zeiten gemeinsam Wege zu finden.

St Zirkmann teilt mit, das komplette Engagement von Prof. Dr. Haselbach inklusive der Kulturkonferenz koste 40.000 €.

M Dr. Klug greift als ein Beispiel aus seinem Thesenpapier die Musikförderung heraus, bei der durch eine gemeinsame Organisationsstruktur Synergieeffekte erzielt werden könnten, die man mit den Betroffenen erörtere. Die Strukturdebatten seien unterschiedlich weit fortgeschritten. Die Landesregierung bringe ihre eigenen Vorstellungen in einen Dialog mit den Betroffenen ein.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Akteneinsicht in die Vorbereitungen für ein Kulturkonzept der Landesregierung und in weitere Unterlagen zur Kulturentwicklungsplanung wird von allen Ausschussmitgliedern unterstützt.

b) Die Europäische Kulturstrategie in Schleswig-Holstein umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/670

(überwiesen am 10. September 2010 an den Europaausschuss und an den Bildungsausschuss)

Zum SPD-Antrag Drucksache 17/670 sieht der Bildungsausschuss von einem eigenen Votum gegenüber dem federführenden Europaausschuss ab und schließt seine Beratungen.

c) Information der Landesregierung zum Stand der Kandidatur Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas 2017

Abg. Dr. Klug informiert über den Stand der Kandidatur Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas 2017 (s. Umdruck 17/2532) und sagt zu, den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten. Während es jetzt in erster Linie um ein politisches Signal gehe, werde man Sønderborg im Falle der Nominierung als Kulturhauptstadt durch konkrete Maßnahmen und besondere Veranstaltungen und Aktivitäten unterstützen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Vermittlung von Fremdsprachen in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1423

(überwiesen am 26. Mai 2011 zur abschließenden Beratung)

Abg. Habersaat thematisiert den Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule in Bezug auf das Erlernen der englischen Sprache. Auf seinen Antrag hin verständigt sich der Ausschuss, zu dieser und weiteren von den Fraktionen zu benennenden Fragestellungen schriftliche Stellungnahmen einzuholen, und nimmt die Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Planstellenzuweisungsverfahren 2011

Berichts Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 17/2477

M Dr. Klug sagt einen schriftlichen Bericht zu.

Abg. Strehlau möchte wissen, ob sich die Personalausstattung an Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe und Gemeinschaftsschulen ohne gymnasiale Oberstufe unterscheide.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entscheidung des Bildungsministeriums zur Anhebung der Noten im Fach Mathematik beim Abitur an den berufsbildenden Gymnasien

Berichts Antrag der Fraktion der SPD
Umdruck 17/2478

St Zirkmann führt aus, die zentrale Abschlussprüfung im Fach Mathematik an den berufsbildenden Schulen habe im landesweiten Durchschnitt ein so schlechtes Ergebnis ergeben, dass sich das Ministerium entschieden habe, die Noten um 20 % anzuheben. Grund dafür sei, dass die Vorbereitung der Prüfungserstellung, beginnend im Frühjahr 2009, mit so vielen Veränderungen sowohl für die Fachkommissionen als auch für die Lehrkräfte verbunden gewesen sei, dass man zu dem Schluss gekommen sei, dass die Schülerinnen und Schüler das, was ihnen beigebracht worden sei, in den Prüfungen nicht hätten zeigen können.

Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert er, ein Grund für die Anhebung des Notendurchschnitts sei, dass es der erste Jahrgang gewesen sei, der nach zentralen Abschlussprüfungen in den Kernfächern geprüft worden sei, und gleichzeitig der letzte Jahrgang gewesen sei, der nicht nach Bildungsstandards und Kompetenzen gemäß dem Konzept der KMK von 2003 unterrichtet worden sei.

Beim Zentralabitur an allgemeinbildenden Schulen entwickle man mit anderen Bundesländern gemeinsame Aufgabentypen, um die Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen noch weiter zu erhöhen. Zentrale Abschlussprüfungen seien ein sinnvolles Instrument für die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen.

Herr Leppin teilt mit, die Probeklausur sei aus zwei plausiblen Gründen schlecht ausgefallen: Zum einen seien die Schülerinnen und Schüler nach eigener Aussage zu dem Zeitpunkt noch nicht gut vorbereitet gewesen, zum anderen hätten sie den Ernsthaftigkeitscharakter dieser Klausur unter zentralen Bedingungen nicht gesehen. Nachdem man daraufhin für alle 13. Klassen am WG eine zusätzliche Stunde Mathematik gegeben habe, die Fachkommission die Aufgaben leicht überarbeitet habe und die Fachkonferenzen die Rückmeldung gegeben hätten, dass trotz schlechter Ergebnisse der Probeklausur die Ergebnisse zum Haupttermin erheblich und signifikant besser ausfallen würden, habe man keine weiteren Steuerungen vorgenommen. Durch die Anhebung der Noten um 20 % sei der Schnitt beim grundlegenden Anforderungsniveau von 4,36 auf 5,6 Punkte erhöht worden.

M Dr. Klug weist darauf hin, dass beim Zentralabitur in den Profiloberstufen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen der landesweite Notendurchschnitt in diesem Jahr 7,9 Punkte gegenüber 7,8 Punkten im letzten Jahr betrage und es hier offensichtlich keine Probleme gegeben habe. Es gebe keine Berechtigung, den Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe einen Nachschlag einzuräumen, zumal an den Beruflichen Gymnasien alle Schülerinnen und Schüler im Fach Mathematik geprüft würden. Für einen Sonderfall müsse es auch wegen der Anerkennung des schleswig-holsteinischen Abiturs in anderen Bundesländern gute Gründe geben.

Abg. Erdmann lobt zusammen mit anderen Ausschussmitgliedern das Krisenmanagement des Bildungsministeriums in diesem Fall.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Medienkompetenz in der Informationsgesellschaft

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 17/861

(überwiesen am 17. November 2010 an den Bildungsausschuss, den Innen- und
Rechtsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke [17/1653](#), [17/1660](#), [17/1689](#), [17/1692](#), [17/1696](#), [17/1711](#),
[17/1774](#), [17/1955](#), [17/2004](#), [17/2034](#), [17/2056](#), [17/2071](#),
[17/2072](#), [17/2073](#), [17/2074](#), [17/2078](#), [17/2085](#), [17/2093](#),
[17/2102](#), [17/2123](#), [17/2243](#)

Der Ausschuss nimmt die Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion Drucksache
17/861 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

St Zirkmann nimmt Bezug auf die von Abg. Erdmann problematisierte Frage, dass beamtete Lehrkräfte, die zur Betreuung eines erkrankten Kindes dem Dienst fernblieben, ab dem ersten Tag ein ärztliches Attest vorlegen müssten (Umdruck 17/2400). Er informiert den Ausschuss darüber, dass das für das Dienstrecht zuständige Finanzministerium derzeit nicht darüber nachdenke, § 13 Abs. 2 der Sonderurlaubsverordnung für Beamte zu lockern, um nicht eine Ungleichbehandlung zu den Beschäftigten zu schaffen. Allerdings berate eine Arbeitsgruppe der norddeutschen Länder über Änderungen beim Statusrecht.

Die Vorsitzende, Abg. Herold, schließt die Sitzung um 17:40 Uhr.

gez. Susanne Herold

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer